

Sie schmiedete den Kompromiss, der dem Energiegesetz zum Durchbruch verhalf

Der Volksentscheid für den Ausstieg aus den Öl- und Gasheizungen ist weniger ein Erfolg der Klima-Allianz als einer der Vorverhandlung

STEFAN HOTZ

Der Erfolg hat bekanntlich viele Väter und in der Politik zunehmend Mütter. Das ist auch beim deutlichen Ja zum revidierten Energiegesetz vom Sonntag so. Eine derart hohe Zustimmung mit mehr als 62 Prozent war wenige Monate nach dem landesweiten Nein zum CO₂-Gesetz kaum zu erwarten. Zwar hatte der Kanton Zürich die Vorlage des Bundes befürwortet, aber nicht so eindeutig.

Einen Erfolg bedeutet es für den grünen Baudirektor Martin Neukom, ging es doch um das erste Geschäft, das er in einer Volksabstimmung vertrat. Die Klima-Allianz kann den Sieg indes nicht allein für sich verbuchen. SP, GLP, Grüne, EVP und AL verfügen zwar seit 2019 über die Mehrheit im Kantonsparlament. Dass die ursprüngliche Version des Gesetzes vor den Stimmberechtigten bestanden hätte, bleibt aber Spekulation. Für den klaren Entscheid war ein breiter Kompromiss nötig, dem neben der Mitte vor allem auch die FDP zustimmte.

Bürgerliche Partner sagten ab

Das stand keineswegs von Anfang an fest, wie FDP-Fraktionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann am Montagmorgen im Foyer des Kantonsrats erläuterte. Klar sei gewesen, dass die FDP-Vertretung konstruktiv in die Beratungen der Kommission einsteigt. Ebenso klar war, dass die Freisinnigen eine andere Vorstellung vertraten. Sie wollten den Ersatz von Heizungen über den Preis und nicht mit Verbote steuern. Darauf gingen die logischen Partner SVP und Mitte jedoch nicht ein. Auch beim Versuch, die Grünliberalen auf ihre Seite zu ziehen, habe man auf Granit gebissen, sagt Frey. Die FDP habe aber anerkannt, dass der Gebäudebereich entscheidend ist für die Dekarbonisierung, da hier langfristige Entscheide fallen. «Wir wollten nicht schmollend sitzen bleiben und sagen, da machen wir nicht mit», sagt die freisinnige Fraktionschefin.

Die Energiekommission des Rats hatte schon um mehrere Punkte im Energiegesetz gerungen. Nachdem es im Rat bereits einmal durchberaten worden war,



FDP-Fraktionspräsidentin Beatrix Frey-Eigenmann, als das Kantonsparlament noch im Rathaus tagte.

DOMINIC STEINMANN / NZZ

griffen die Fraktionspräsidenten ein. Eisbrecher waren Grüne und FDP, wie Frey sagt. Im letzten Moment gelang es, einige Punkte anzupassen. Etwa, dass die Gas-Infrastruktur erhalten bleibt für Biogas oder synthetische Produkte, oder eine flexible Handhabung der Härtefallklausel, die den Einbau einer fossilen Heizung erlaubt, wenn Eigentümern die Finanzierung der höheren Investitionskosten für eine Wärmepumpe unmöglich ist.

Der grüne Fraktionspräsident Thomas Forrer erlebte Beatrix Frey als Kollegin, die sich sehr konstruktiv verhielt und in der Lage war, zwischen den Blöcken zu vermitteln. Die aber gleichzeitig, wie er sagt, ihre Positionen gut verkaufte und sich als harte Verhandlungspartnerin erwies.

Geholfen habe, dass sie sich kennen und beide am rechten Seeufer wohnen. Forrer hält sogar fest, für ihn habe sich mit diesem Prozess seine Haltung gegenüber dem Freisinn verbessert.

Andere grosse Mitspieler sehen den Vorgang prosaischer. Er glaube nicht, dass sich im Verhältnis zur FDP etwas ändere, sagt SVP-Präsident Benjamin Fischer. Die freisinnige Haltung in der Klimapolitik sei bekannt gewesen. Er frage sich eher, ob der FDP die Kampagne für das Energiegesetz am Ende auf die Füsse falle. Viele ihrer Mitglieder gehörten dem Hauseigentümergebiet an, der das Referendum ergriffen hatte.

SP-Fraktionspräsident Markus Späth will das Entgegenkommen der FDP nicht

zu hoch hängen. Man habe sie ins Boot holen wollen, aber mit erträglichen Zugeständnissen. Das sei möglich gewesen ohne Abstriche am Konzept des Energiegesetzes, sagt er. So sei es gelungen, eine bürgerliche Einheitsablehnung zu verhindern.

Für Beatrix Frey stellte sich die Frage: Tragen wir zu einer Problemlösung bei? Oder halten wir an unseren Prinzipien fest? Zur Politik gehöre auch, dass man einmal eine «profilbildende Niederlage» in Kauf nehme, indem man sich abgrenze, sagt sie. Es gebe aber Themen, in denen sie eine solche Haltung nicht für opportun halte. Dazu gehöre die Klimaproblematik: «Dieses Thema ist zu wichtig, als dass man sich nicht für eine Lösung einsetzen soll.»

Eine Rolle spielt hier Freys berufliche Vergangenheit im Bundesamt für Energie. Sie sei in diesen Fragen sensibilisiert. «Wir wollten eine mehrheitsfähige Lösung. Das Referendum haben wir nicht gesucht, aber das Volk hat uns nun bestätigt.»

Nach dem CO₂-Gesetz erst recht

Spielte auch eine Rolle, dass vor allem FDP-Frauen mit dem Thema betraut waren? Das sei teilweise Zufall gewesen, antwortet Frey, aber wie hartnäckig verhandelt wurde, habe vielleicht auch damit zu tun. Jedenfalls gingen die Kantonsrätinnen Barbara Franzen, die der Energiekommission angehört, und Sonja Rueff-Frenkel am Tag nach dem Nein zum CO₂-Gesetz sofort in die Offensive: Jetzt gelte es erst recht, für das Energiegesetz einzustehen. Die Unterländerin Franzen betonte am Montag, wichtig es sei, dass nicht nur die Städte den Kompromiss mitbringen, sondern auch die Landschaft.

Selbstverständlich war es nicht, dass die Zürcher FDP diesem Kurs treu blieb, als nach dem Aus für das CO₂-Gesetz noch Petra Gössi, die Präsidentin der FDP Schweiz, ihren Rücktritt bekanntgab. Positiv überrascht habe sie Ende August das eindeutige Ja der FDP-Delegierten zum Energiegesetz, sagt Frey, die kürzlich in der Parteizeitung ihre Aufgabe innerhalb der FDP als Mischung aus «Arena-Moderatorin, Unterhändlerin, Blitzableiterin und Repräsentantin» beschrieb. Sie habe intern mehr kritische Stimmen erwartet, aber diese hätten sich nicht gemeldet. Der breite Kompromiss sei vor dem Nein zum CO₂-Gesetz zustande gekommen.

Die FDP suche immer zuerst nach einer liberalen Lösung, erst dann je nach Situation einen sinnvollen Kompromiss, sagt Frey. Die SVP werde dagegen als generelle Verweigerer wahrgenommen. Die FDP wolle dagegen eine eigenständige Linie vertreten. «Wir werden kein Teil der Klima-Allianz», versichert Beatrix Frey. Die FDP bleibe im Gegenteil ein wichtiges Gegengewicht. Sie könne dem rot-grünen Lager den Spiegel vorhalten und darauf hinweisen, dass in der Klimapolitik auch die Interessen der Wirtschaft zu berücksichtigen seien.

Ressourcen schonen statt Abfall produzieren

Der Zürcher Kantonsrat will die Kreislaufwirtschaft in der Verfassung verankern

DOROTHEE VÖGELI

Punkto Recycling liegt der Kanton Zürich im landesweiten Vergleich auf den vorderen Rängen. Trotzdem produzieren die Zürcher sehr viel Müll. Pro Kopf sind es jährlich 3 Tonnen oder wöchentlich 50 Kilogramm, sofern der Bauschutt einberechnet wird. Der Anteil der Bauabfälle ist sehr hoch – obwohl zwei Drittel aller Bauabfälle aufbereitet und als Rohstoff zur Herstellung neuer Produkte wiederverwendet werden.

Wird nun der alte Küchboden aus Stein nicht entsorgt, sondern nur abgeschliffen oder bloss der Akku des Handys ersetzt statt das ganze Gerät, ist vom Prinzip der Kreislaufwirtschaft die Rede. Dieses Ziel soll in der Verfassung des Kantons Zürich verankert werden. So will es die Regierung, so will es auch der Kantonsrat. Am Montag hat er sich geschlossen hinter den Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative der Jungen Grünen gestellt.

Vorbild für die ganze Schweiz

Auch die SVP-Fraktion sprach sich für den Verfassungsartikel aus. Christian Lucek (Dänikon) sagte: «Der Gegenvorschlag der Regierung ist ausgewogen und angemessen. Wir stimmen ihm zu.» Und Barbara Franzen (fdp, Niederweningen) hielt fest: «Das Thema der Kreislaufwirtschaft ist im Kanton Zürich bereits gut verankert.

Wir werten dies als Erfolg der innovativen Unternehmen, die geeignete Instrumente und Produkte zur Schliessung der Stoffkreisläufe und zur Schonung der Ressourcen entwickeln.»

Aus Sicht der FDP haben die Aktivitäten der Baudirektion etwa zum Urban Mining ebenfalls Erfolge gezeigt. «Das muss auch einmal gesagt sein», hielt Franzen fest. Es sei aber notwendig, dass die Wirtschaft und der Kanton ihr Engagement ausbauen und sich der hohe Zürcher Standard in der ganzen Schweiz durchsetze. «Wir können den Gegenvorschlag der Regierung überzeugt unterstützen. Das übergeordnete Ziel der Weiterentwicklung der linearen Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft entspricht unserer liberalen Umweltpolitik», sagte Franzen.

Für Franziska Barmettler (glp, Zürich) ist «Ressourcenpolitik auch Wirtschaftspolitik». Denn die Wirtschaft sei im höchsten Grade von natürlichen Ressourcen abhängig, sagte sie. Die Mitte zeigte sich stolz, dass Zürich als erster Kanton in der Schweiz die Kreislaufwirtschaft in der Verfassung verankern will. Und laut Markus Bärtschiger (sp, Schlieren) lässt sich die Zukunft der rohstoffarmen Schweiz nur sichern, wenn Güter und Stoffe so lange wie möglich im Kreislauf gehalten werden.

Aus Sicht der Regierung legt die Initiative der jungen Grünen den Fokus stark auf die Privathaushalte. Weil sie aber die Stossrichtung grundsätzlich begrüsst, er-

setzte die Regierung in ihrem Gegenvorschlag die in der Initiative geforderten «günstigen Rahmenbedingungen für einen ressourcenschonenden Konsum» durch eine umfassendere Formulierung: «Kanton und Gemeinden schaffen günstige Rahmenbedingungen für einen schonenden Umgang mit Rohstoffen, Materialien und Gütern.»

Auch die vorbereitete Kommission bevorzugte den Gegenvorschlag, einstimmig. Denn er berücksichtigt, dass der weit aus grösste Teil des Abfalls in der Bauwirtschaft anfällt. Die Branchenverbände und Vertreter des kantonalen Gemeindepräsidentenverbandes hatten den Gegenvorschlag ebenfalls positiv aufgenommen.

Minderheitsantrag abgelehnt

Hingegen war sich die Kommission einig, ob die «Erhöhung der Nutzungsdauer» im Gegenvorschlag Eingang finden soll. Damit wollte eine grosse Kommissionminderheit von SP, GLP und Grünen das Konsumverhalten in der Verfassung einbringen. Bei der Kreislaufwirtschaft gehe es eben um weit mehr als das Recycling oder das Sammeln von Altpapier, begründete Franziska Barmettler (glp, Zürich) das Anliegen.

Ihres Erachtens gilt es, die Art und Weise, wie wir Produkte herstellen und nutzen, gänzlich neu zu denken. Das beginne beim Produktdesign. Die Nutzungs-

dauer lasse sich aber auch über neue Businessmodelle verlängern. Als Beispiel nannte Barmettler Produkte, die geteilt oder gemietet werden. Der Minderheitsantrag ging aber der Mehrheit des Kantonsrats zu weit. Die Ausweitung auf die Konsumgüter würde eine weitere grüne Verbots- und Vorschriftenwelle auslösen, befürchtete Lucek namens der SVP. Mit 91 zu 83 Stimmen hiess der Kantonsrat den Gegenvorschlag der Regierung gut.

Laut Neukom funktioniert der Verfassungsartikel auch ohne explizite Nennung der Nutzungsdauer. Wie er zudem festhielt, erreicht der Kanton Zürich im Recycling von Baumaterialien weltweit einen extrem hohen Wert. Dass zwei Drittel des Bauabfalls wiederverwertet werden, sei unter anderem vielen innovativen Firmen wie Eberhard zu verdanken. Aber jährlich würden 700 Kilogramm pro Kopf in den Deponien landen.

Der Baudirektor zeigte sich überzeugt davon, dass die Kreislaufwirtschaft «ein globaler Megatrend» ist. «Gehen wir jetzt voran, haben unsere Firmen auch den Vorteil, Kreislauf-Technologien und -Produkte zu exportieren.» Zur konkreten Umsetzung sagte Neukom: «Es geht um Bauten, die sich künftig in Einzelteile zerlegen lassen. Es geht um Betonelemente aus dem 3-D-Drucker, um Recycling-Beton, um Bauen mit Holz – die Liste ist sehr lang.» Die Abstimmung bezeichnete er als einen Richtungsentscheid.

Drogen aus Afrika in Zollsendungen

Erfolgreiche Zollfahnder

scf. Je näher Weihnachten rückt, desto mehr häufen sich die Paketsendungen. Das stellt auch die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) fest, die am Zürcher Flughafen den Post-Transitverkehr kontrolliert. Nur: In den kontrollierten Päckli finden sie nicht nur harmlose Christbaumkugeln oder Wollsocken, sondern vermehrt berauschende Substanzen. In einer Mitteilung vom Montag schreibt die EZV, in den vergangenen Wochen habe man zahlreiche Betäubungsmittel sichergestellt. Meistens handle es sich um Sendungen mit Marihuana oder Khat, oft mehrere Kilogramm schwer. Alleine am 9. November entdeckten die Fahnder 19 Kilogramm Marihuana und 70 Kilogramm Khat.

In den letzten Jahren hat der Schmuggel der illegalen Substanz explosionsartig zugenommen. Doch bei Khat handelt es sich keinesfalls um eine In-Droge. Der Geschmack ist so bitter, dass die Pflanze praktisch ausschliesslich von Menschen aus Afrika oder dem Nahen Osten gekaut wird. Bei den Konsumenten in der Schweiz handelt es sich denn auch vorwiegend um Migranten aus diesen Regionen. Die von der EZV abgefangenen Pakete waren allerdings nicht für die Schweiz bestimmt. Sie hätten nach Grossbritannien geschickt werden sollen.